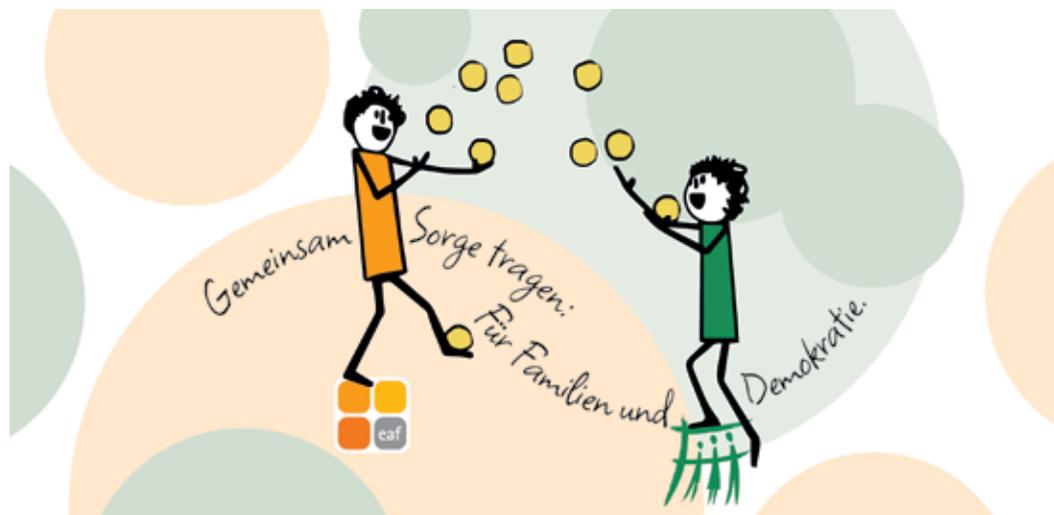


Graphik: FdK/eaf



GEMEINSAM SORGE TRAGEN: FÜR FAMILIE. FÜR DEMOKRATIE.

Die evangelische arbeitsgemeinschaft familie und der Familienbund der Katholiken rufen im Vorfeld der Europawahl und mit Blick auf die Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen zur aktiven Teilnahme und zum Engagement für die freiheitliche Demokratie auf. Familien sind das Fundament der Demokratie und brauchen eine stabile Demokratie.

Berlin, 13. Mai 2024. „Durch Wählen können wir den Unterschied machen und mitbestimmen“, betont Ulrich Hoffmann, Präsident des Familienbundes. „Demokratie lebt durch Menschen, die sich für sie einsetzen. Sie ist – wie die Familie – kein Selbstläufer, sondern eine permanente Herstellungsleistung“, so Martin Bujard, Präsident der eaf. Familien sind das Fundament der Demokratie. Hier erleben und erlernen Kinder demokratische Aushandlungsprozesse. „In Familien herrscht nicht immer Einigkeit, aber das Streiten hilft, einander zu verstehen. Familien finden Kompromisse, gemeinsame Lösungen und den für sie persönlich richtigen Weg. Die Unterschiedlichkeit von und in Familien muss geschützt werden, sie macht das Leben bunt“, erklärt Ulrich Hoffmann. Die freiheitliche Demokratie schützt das Recht auf Individualität und stärkt die Gemeinschaft in der Vielfalt. Außerdem ist sie Voraussetzung dafür, dass Kinder in Frieden und Freiheit aufwachsen können. „Wir sind füreinander verantwortlich, in der Familie wie in der Demokratie. Es geht darum, füreinander zu entscheiden, für die besten Lösungen für alle in unserer Gesellschaft“ erläutert Martin Bujard. Ein respektvolles, demokratisches Miteinander ist entscheidend. Die konfessionellen Familienverbände treten für ein offenes, faires und von Sachargumenten geleitetes Ringen um die beste politische Lösung ein. Sie stellen sich dabei entschieden gegen rechtsradikales Gedankengut, da es dem universalen Anspruch der Menschenwürde und dem christlichen Menschenbild widerspricht. „Rechtsradikalismus, Extremismus und Fremdenfeindlichkeit stellen wir uns entgegen: Völkische Eingrenzungen widersprechen unserem

Glauben ebenso wie demagogische Verdrehungen und Verhetzungen“, so Ulrich Hoffmann.

Deokratie braucht aktive Demokratinnen und Demokraten sowie engagierte Familien, die hinter den Menschenrechten, dem Rechtsstaat und den demokratischen Prinzipien und Entscheidungsverfahren stehen – und das Privileg nutzen, zur Wahl gehen zu können. Es ist wichtig, das Vertrauen in die Demokratie zu stärken. „Wir müssen über das Gemeinsame und das Individuelle sprechen. In welchem Europa und in welcher Bundesrepublik wollen wir leben? Dafür brauchen wir Politikerinnen und Politiker, die offen sind für die unterschiedlichen Sichtweisen und Bedürfnisse verschiedener Menschen und bereit zum Kompromiss“, fordert Martin Bujard.

FAMILIEN MIT HÄUSLICHER PFLEGE UNTER STIEGENDEM DRUCK

Zum Internationalen Tag der Pflegenden am 12. Mai weist der Familienbund der Katholiken darauf hin, dass ein überwiegender und zunehmender Anteil der Pflege auf den Schultern der Familien lastet. Diese Sorgearbeit benötigt mehr Anerkennung und Unterstützung – durch eine ausgebauten Pflegeinfrastruktur und ein Pflegendengeld. Denn Pflege darf kein Armutsrisiko bedeuten.

Berlin, den 10.05.2024. „Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und darf nicht allein den Familien aufgebürdet werden“, betont der Präsident des Familienbundes, Ulrich Hoffmann. „Derzeit nimmt der Anteil der familiären Pflege weiter zu, während Pflegefachkräfte und wohnortnahe Unterstützungsstrukturen an vielen Orten fehlen. Die schon lange absehbare Pflegekrise gehört endlich ganz oben auf die politische Agenda.“

Der demographische Wandel und eine zunehmend älter werdende Gesellschaft fordern gleich mehrfach heraus. Die Zahl der Pflegebedürftigen hat sich seit 2011 von 2,5 Millionen auf rund 5 Millionen verdoppelt und steigt weiter an. Derzeit werden 86 % der zu pflegenden Personen nicht in einem Heim, sondern zuhause gepflegt. 2013 waren es noch

70 Prozent. „Damit erfüllen die pflegenden Angehörigen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Familien entlasten mit ihrer Pflege die Gesellschaft, den Staat und die öffentlichen Haushalte, die ansonsten einspringen müssten. Sie dürfen aber nicht selbst überlastet werden“, so Ulrich Hoffmann.

„Eine Person zu pflegen ist ein enormer Kraftakt. Nicht nur das professionelle Pflegepersonal ist am Limit, auch die Familien, die ihre Angehörigen pflegen sind an ihrer Belastungsgrenze: mit ihrer Kraft, ihrer Zeit und ihren finanziellen Mitteln,“ erläutert Ulrich Hoffmann. Die Pflegenden kommen im Laufe der Zeit oft an ihre eigenen körperlichen Grenzen. Aber die Pflege fordert nicht nur körperlich, sondern auch finanziell. „Wenn beispielsweise die Arbeitszeit reduziert wird, um besser der Sorgearbeit nachzukommen, dann nimmt auch der finanzielle Spielraum ab. Hier wäre ein Pflegengeld als Anerkennung für die geleistete Arbeit, eine adäquate Unterstützung“, erklärt Ulrich Hoffmann. Ein Pflegengeld sollte aus Sicht des Familienbundes zum einen vor Armut schützen, aber auch einen Beitrag zur faireren Verteilung der Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern leisten. Eine steuerfinanzierte Leistung kann Einkommensverluste bei pflegebedingter Erwerbsunterbrechung oder Reduktion der Arbeitszeit teilweise kompensieren und verbessert die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Zentral ist für den Familienbund auch der Ausbau der Pflegeinfrastruktur: „Die familiäre Pflege ist nur mit einem funktionierenden Netzwerk zu stemmen, in dem alle mitanpacken und alle auf sich aufpassen. Dabei darf niemand allein gelassen werden – wir müssen sowohl die Gesundheit der zu Pflegenden beachten als auch das Wohl der Pflegenden, die vor Überlastung geschützt werden müssen,“ so Hoffmann. „Bund, Länder und Kommunen haben ein eigenes Interesse daran, die Gesundheit zu erhalten und die Pflege zu stärken. Kommunale Versorgungsstrukturen, ähnlich denen der Familienzentren und der Kinderbetreuung können hier gute Dienste leisten. Zum einen würden Pflegestützpunkte die Beratungslücken schließen und zum anderen die zu Hause Pflegenden unterstützen.“

KINDERGRUNDSICHERUNG: FINANZIELLE MITTEL AUF REFORM DES KINDERZUSCHLAGS KONZENTRIEREN

Anlässlich des aktuellen Koalitionsstreits zur Umsetzung der Kindergrundsicherung fordert der Familienbund der

Katholiken eine klare Zäsur: Im Interesse der Kinder und Familien sollte die Koalition die vereinbarten Mittel auf eine gute Reform des Kinderzuschlags für Familien mit kleinen Einkommen konzentrieren und die parallel geplante Reform von Verwaltungszuständigkeiten hintenanstellen. Kompromiss statt öffentlich ausgetragenem Streit lautet das Gebot der Stunde. Anderenfalls droht das Vorhaben zulasten der Familien vollends zu scheitern.

Berlin, 11. April 2024. „Der aktuelle Konflikt über Mehrbedarfe beim Verwaltungspersonal im Rahmen der Kindergrundsicherung zeigt, dass es in der Regierung derzeit keine Einigkeit über die Umsetzung der Kindergrundsicherung zu geben scheint. Doch Kinder und Familien brauchen die angekündigte Unterstützung – insbesondere jene, die mit kleinen Einkommen knapp oberhalb der Grundsicherung liegen. Die Regierung sollte daher endlich den Teil der Reform umsetzen, der bereits Konsens ist: Leistungsverbesserungen für Kinder und Familien beim Kinderzuschlag“, erläutert Ulrich Hoffmann, Präsident des Familienbundes, die Position des Verbands.

Der Familienbund der Katholiken plädiert dafür, die im Rahmen der Kindergrundsicherung vereinbarten Mittel auf Anpassungen beim Kinderzuschlag zu konzentrieren. So käme das Geld direkt denjenigen Familien zugute, die wegen der Inflation der letzten Jahre auf finanzielle Unterstützung besonders angewiesen sind. Dieser Schritt würde deutlich zur Armutsreduzierung beitragen und dem grundlegenden Ziel der Armutsbekämpfung entsprechen. Derzeit sind allein für die Verwaltungsreform bei der Kindergrundsicherung Mindestkosten in Höhe von 408 Millionen Euro pro Jahr geplant, rund ein Fünftel des Gesamtbudgets. Sie sind vom Etat des Familienministeriums zu tragen, werden absehbar weiter steigen und reduzieren damit zukünftige Handlungsspielräume.

„Aus Sicht des Familienbundes ließe sich mit den zur Verfügung stehenden Mitteln am meisten erreichen, wenn der Kinderzuschlag zielgenau gestärkt würde: Eine Erhöhung des Maximalbetrags, eine Reform der Mindesteinkommensgrenzen und günstigere Regeln bei der Anrechnung von Kindeseinkommen sowie beim Abschmelzen der Leistung würden die Situation armutsgefährdeter Familien sofort spürbar verbessern“, rät Ulrich Hoffmann. So ließen sich gute Gedanken aus dem aktuellen Kindergrundsicherungskonzept bewahren. „Die Regierung muss sich jetzt zusammenraufen.“

STELLUNGNAHME ZU: KINDERZUKUNFTSPROGRAMM STARTEN UND MIT ZEHN MAßNAHMEN ZUM ERFOLG FÜHREN

Der Familienbund der Katholiken lobt den vorliegenden Antrag, der Bildung und Bildungsgerechtigkeit in den Fokus der familienpolitischen Diskussion rückt. Die bestmögliche Bildung von Kindern und Jugendlichen wird als eine zentrale Zukunftsherausforderung betont. Trotz breiter politischer Zustimmung bleiben die Maßnahmen hinter den Erfordernissen zurück, was auf strukturelle Probleme und kurzfristige politische Interessen zurückzuführen ist. Es braucht eine verantwortungsvolle Politik, die die Belange kommender Generationen angemessen berücksichtigt.

Die ausführliche Stellungnahme finden Sie hier:



Obwohl der Familienbund die Ziele der Leistungserhöhung und Leistungsbündelung im Sinne einer möglichst einfachen und unbürokratischen Inanspruchnahme teilt, erscheint ihm das aktuelle Konzept für eine Kindergrundsicherung nicht gelungen. Finanziellen Besserstellungen, besonders für Familien im Bürgergeldbezug und für Alleinerziehende, stehen Verschlechterungen an anderer Stelle gegenüber, die vor allem jüngere Kinder und ebenfalls Alleinerziehende treffen. Kinder unter 14 Jahren sind zwar im Zeitpunkt der geplanten Einführung der Kindergrundsicherung durch eine Bestandsschutzregelung geschützt, würden aber langfristig schlechter gestellt als bisher. Auf Verwaltungsebene wird deutlich, dass die Umsetzung komplex bleibt und sich teils weiter verkompliziert. Die Zusammenführung des Grundsicherungssystems mit dem Familienförderungssystem ist hauptverantwortlich für die zahlreichen Unstimmigkeiten und Probleme. Sie sollte daher unterbleiben. Mit unterschiedlichen Anlaufstellen für Kinder und Eltern entsteht zudem deutlicher Mehraufwand für Familien im Bürgergeldbezug. Das widerspricht dem Ziel der Kindergrundsicherung, die Familienleistungen zu vereinfachen.

„Mit einer beherzten Reform des Kinderzuschlags ist den Familien mehr geholfen als mit einer halbherzigen Umsetzung der Kindergrundsicherung. Das gilt besonders dort, wo Eltern für wenig Geld an der Grenze der Grundsicherung arbeiten. Gerade diese Familien verdienen bei begrenzten finanziellen Mitteln politische Priorität“, so Ulrich Hoffmann.

LEIHMUTTERSCHAFT: DER ELEFANT IM RAUM

Konfessionelle Familienverbände beobachten familienrechtliche Reformideen zur Elternschaftsvereinbarung mit Sorge.

Berlin, 26. März 2024. Die evangelische arbeitsgemeinschaft familie e. V. (eaf) und der Familienbund der Katholiken lehnen eine Legalisierung von Leihmutterschaft ab und halten eine gesellschaftliche Debatte, insbesondere zu den Folgen für Leihmütter und von Leihmüttern zur Welt gebrachten Kindern, für elementar.

Vor dem Hintergrund des im April 2024 erwarteten Abschlussberichts der Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin fordern Ulrich Hoffmann, Präsident des Familienbundes, und Martin Bujard, Präsident der eaf, gemeinsam ein besonnenes Vorgehen: „Wir wünschen uns eine gesellschaftliche Debatte zum Thema Leihmutterschaft, bevor durch eine Familienrechtsreform ein generelles Umdenken bezüglich vertraglicher Eltern-Kind-Zuordnungen beginnt, das möglicherweise später schwer wieder einzufangen ist.“

Durch die geplanten Eltern(schafts)vereinbarungen soll die Elternautonomie gestärkt werden, indem Eltern-Kind-Zuordnungen und Umgangs- und Sorgerechte vertraglich festgelegt werden können. Ob das Kindeswohl dann zentraler Maßstab bleibt, bezweifeln die Verbände. Die beiden konfessionellen Verbände stellen fest, dass die Interessen des Kindes in den aktuellen Eckpunkten des Justizministeriums

(BMJ) zum Kindschafts- und Abstammungsrecht nicht ausreichend berücksichtigt werden. Das steht im Widerspruch zum erklärten Willen der Regierung, Kinder zu stärken und deren Anliegen in den Mittelpunkt zu stellen.

Ulrich Hoffmann, Präsident des Familienbundes: „Kinder und die Rechte an Kindern sollten kein Vertragsgegenstand sein, über den die an der Entstehung des Kindes beteiligten Erwachsenen frei verfügen können. Bei der Eltern-Kind-Zuordnung sollte das Kindeswohl das oberste Kriterium sein. Kinder sollten dort zugeordnet werden, wo eine dauerhafte und krisenfeste Verantwortungsübernahme zu erwarten ist.“

Gleichzeitig ist die vertragliche Zuordnung eines Kindes zu den Wunscheltern unter Umgehung der Geburtsmutter das Kennzeichen der Leihmutterschaft.

Deshalb fordert Martin Bujard, Präsident der eaf, die Ergebnisse der Kommission zur Legalisierung von Leihmutterschaft abzuwarten und sich Zeit für eine breite gesellschaftliche Debatte zu nehmen. „Wenn künftig die Besetzung der zweiten Elternstelle durch Elternschaftsvereinbarungen üblich wird, bereitet dies den Boden dafür, um im nächsten Schritt auch die gesetzliche Besetzung der ersten Elternstelle durch die Geburtsmutter in Frage zu stellen. Konsequenzen für die Leihmutterschaft sind daher bei der geplanten Elternschaftsvereinbarung der Elefant im Raum.“

VERANTWORTUNG FÜR KOMMENDE GENERATIONEN ERFORDERT KONSEQUENTE BILDUNGSPOLITIK

Anlässlich der heutigen Anhörung im Familienausschuss des Deutschen Bundestages spricht sich der Familienbund der Katholiken für umfassende Zukunftsinvestitionen in die Bildung von Kindern und Jugendlichen und für mehr Bildungsgerechtigkeit aus.

Berlin, 18. März 2024. „Kindern gehört die Zukunft, sie sind unsere künftige Gesellschaft. Daher benötigen sie die beste Bildung, die besten Teilhabemöglichkeiten und die besten Chancen, die die Gesellschaft Ihnen bieten kann“, erklärt Ulrich Hoffmann, Präsident des Familienbundes.

Der Familienbund der Katholiken nimmt heute als Sachverständiger an der öffentlichen Anhörung des Familienausschusses des Deutschen Bundestages teil. Thema ist der von der CDU/CSU eingebrachte Antrag, ein zehn Maßnahmen umfassendes „Kinderzukunftsprogramm“ zu starten. Der Familienbund begrüßt, dass der Familienausschuss die wichtigen Themen Bildung und Bildungsgerechtigkeit in den Mittelpunkt der familienpolitischen Diskussion rückt. Die bestmögliche Bildung von Kindern und Jugendlichen ist eine der großen Herausforderungen unserer Gesellschaft, neben dem Erhalt einer intakten Umwelt und der langfristigen Sicherung der Altersvorsorge, die eng mit der demografischen Entwicklung verbunden ist. Bei diesen Zukunftsherausforderungen gibt es einen breiten, überparteilichen Konsens, jedoch bleiben die Maßnahmen zur Zielerreichung weit hinter dem Notwendigen zurück. Es besteht das strukturelle Problem, dass die Politik mit großem zeitlichem Vorlauf handeln muss, während sich die Auswirkungen erst

viele Jahre später zeigen. „Verantwortungsvolle Politik muss jedoch die Interessen der kommenden Generationen im Blick haben und ihnen ausreichendes Gewicht einräumen“, ergänzt Hoffmann. Im Bereich der Bildung besteht dringender Handlungsbedarf, wie die jüngsten Bildungsstudien zeigen: Laut dem IQB-Bildungstrend 2021 erreicht jedes fünfte Kind in der vierten Klasse nicht die Mindeststandards im Lesen (18,8 %) und in Mathematik (21,8 %). Die IGLU-Lesestudie von 2022 zeigt, dass jedes vierte Kind in der vierten Klasse nicht über die notwendige Lesekompetenz verfügt. Die im Dezember 2023 veröffentlichte PISA-Studie (PISA 2022) zeigt, dass jeder vierte 15-jährige Jugendliche die Mindestanforderungen im Lesen (25 %) und jeder dritte in Mathematik (30 %) nicht erfüllt. Hoffmann führt aus:

„Über die letzten Jahre zeigt sich deutlich eine stetige Verschlechterung und eine Korrelation zwischen den Ergebnissen und dem sozioökonomischen Status der Familien. Die zu erwartenden Folgen der Bildungsmisere sind sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher und volkswirtschaftlicher Ebene gravierend.“

Für den Familienbund ist es daher wichtig, das Thema Bildung ganz oben auf die politische Agenda zu setzen. Sätze wie "100 Milliarden Euro für Bildung" mögen plakativ klingen oder nach dem jüngsten Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts auch ein wenig aus der Zeit gefallen wirken. Dennoch verdeutlichen sie die Dringlichkeit des Problems und den bestehenden Reformstau. Wenn das vorgeschlagene "Kinderzukunftsprgramm" auf die "zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel" beschränkt bleibt, kann dies nur ein erster Schritt sein. Um die bestehenden Probleme zu lösen, sind Zukunftsinvestitionen und eine langfristige Stärkung der Bildungspolitik auf allen politischen Ebenen erforderlich.

Eine erfolgreiche Bildungspolitik ist jedoch nicht nur eine Frage des Geldes. Aus Sicht des Familienbundes sollte sowohl auf Bundesebene eine stärkere Rahmensetzung und Qualitätssicherung erfolgen als auch den einzelnen Bildungsinstitutionen mehr Freiheiten eingeräumt werden, um die vor Ort bestehenden Probleme gezielt anzugehen. Da Bildungspolitik derzeit hauptsächlich in der Zuständigkeit der Länder liegt, während der Bund Möglichkeiten der Unterstützung und finanziellen Förderung hat, ist eine gute Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Kommunen erforderlich.

Für einen umfassenden Ansatz müssen jedoch nicht nur Investitionen in die frühkindliche Bildung erfolgen, sondern auch in die Zukunftschancen von Jugendlichen. Hoffmann schlussfolgert: „Nur so kann es zu Bildungsgerechtigkeit kommen. Der Bildungserfolg der Kinder darf weder vom sozioökonomischen Status noch von der Herkunft der Familie abhängen. Die Chancengerechtigkeit im Bildungssystem und in der Gesellschaft muss verbessert und zukünftig gewährleistet sein. Bildung ist zudem ein wichtiges Mittel zur Armutsprävention.“

FÜR KLIMAFREUNDLICHE MOBILITÄT, DIE ALLE MITNIMMT

Angesichts des bundesweiten Klimastreiks am 1. März fordert der Familienbund der Katholiken von Bund und Ländern politische Weichenstellungen für eine klima- und familienfreundliche Mobilität. Der öffentliche Personennahverkehr muss zusammen mit der Bahn zu einer dauerhaft kostengünstigen und leicht verfügbaren Alternative zum Auto werden. Von der Bundespolitik erwartet der Verband außerdem ein generelles Tempolimit von maximal 130 km/h auf Autobahnen, um sowohl das Klima als auch Kinder und Jugendliche zu schützen.

Berlin, 29. Februar 2024. „Nachhaltigkeit ist für uns als Familienverband eine Frage der Generationengerechtigkeit und der Lebensgrundlagen von Familien. Dazu gehört auch eine Mobilität, die dem Klimaschutz dient und gleichzeitig Familien die Alltagsorganisation erleichtert“, erklärt Ulrich Hoffmann, Präsident des Familienbundes.

Der Verkehrssektor überschreitet regelmäßig die nationalen wie globalen Klimaziele. Einzige Ausnahme war die Zeit des Stillstands während der Corona-Pandemie. Dabei liegt die Vorgabe bei null Emissionen im Jahr 2045. Mit den bisher von der Politik beschlossenen Maßnahmen können die Treibhausgasemissionen im Verkehr nicht ausreichend gesenkt werden. Familien wiederum stellt der gegenwärtige Mangel an Alternativen zum Auto täglich vor Herausforderungen, insbesondere im Umland jenseits der Ballungszentren, wohin viele aufgrund steigender Wohnkosten ausweichen müssen. Kinder und Jugendliche müssen umständliche Wege zur Schule oder Ausbildung auf sich nehmen oder bleiben ganz auf das „Elterntaxi“ angewiesen. Die Eltern wiederum stecken vielfach im täglichen Pendlerverkehr fest und verlieren dabei wertvolle Familienzeit. Hinzu kommen finanzielle Belastungen aufgrund steigender Kosten für Diesel und Benzin.

Der Familienbund setzt sich daher für eine umfassende Verkehrswende ein, die den öffentlichen Nahverkehr, die Bahn und das Fahrradfahren stärkt und zu einer echten, bezahlbaren Alternative zum motorisierten Individualverkehr macht. Dazu gehört auch der Ausbau des 49-Euro-Tickets zu einem dauerhaft finanzierten Angebot mit Vergünstigungen für Kinder und Jugendliche über das 6. Lebensjahr hinaus. Zusätzlich sieht der Familienbund die Bundespolitik in der Pflicht, ein allgemeines Tempolimit auf Autobahnen einzuführen. In vielen Ländern Europas ist das bereits gängige Praxis. Ein Tempolimit reduziert den Verbrauch an Kraftstoffen deutlich und schont damit das Klima. Zudem erhöht es die Sicherheit auf den Straßen. „Ein Tempolimit von höchstens 130 km/h schützt das Klima, die Gesundheit und das Leben. Es sollte daher gerade mit Blick auf die junge Generation endlich umgesetzt werden“, begründet Ulrich Hoffmann die Forderung des Verbands und ergänzt: „Der Wandel hin zu einer klima- und familienfreundlichen Mobilität ist überfällig. Gerade hier gilt der Grundsatz der sozial gerechten Klimapolitik: es ist wichtig alle mitzunehmen und niemanden zurückzulassen.“

DV Osnabrück

Familienbund der Katholiken im Bistum Osnabrück, Gartbrink 5, 49124 Georgsmarienhütte

Tel.: 05401-8668-17, Mail: info@familienbund-osnabrueck.de, Home: www.familienbund-osnabrueck.de

FAMILIENBUND OSNABRÜCK MIT AKTIONEN ZUR EUROPAWAHL

Der Familienbund der Katholiken im Bistum Osnabrück ruft dazu auf, bei der anstehenden Wahl zum Europäischen Parlament am 9. Juni 2024 die Stimme für ein demokratisches Europa abzugeben. In diesem Zusammenhang richtet er sich mit seiner Öffentlichkeitsarbeit flächendeckend direkt an die Eltern der Kinder in den über 200 katholischen Kindertagesstätten in der Diözese. Dabei weist er auf den Stellenwert von Gerechtigkeit, Gemeinwohl, Frieden und eine über nationale Grenzen hinausgehende gelingende Völkerverständigung hin.

Alle Kindertagesstätten erhalten das vom Familienbund Nordrhein-Westfalen erstellte Kinderbuch "Oje, Familienfeier" sowie das Begleitheft für Eltern dazu zur Ansicht. Die Geschichte von der Familienfeier erzählt davon, wie Familien in aller Vielfalt zusammenhalten. „Genau das wünschen wir uns auch für alle Menschen in unserem Land und gemeinsam mit unseren Nachbarn in Europa“, macht Mathias Owerrin, Vorsitzender des Familienbundes Osnabrück, deutlich.

Demokratie braucht Familien -
und **Ihre Stimme!**



Genervt von politischen Entscheidungen?

Demokratie lebt davon, dass sich alle beteiligen!

Demokratisch wählen für eine
lebensfreundliche Gesellschaft für
Ihre Kinder und Enkel!



Europawahl am 9. Juni 2024

Zum kostenlosen Download:

Kinderbuch „Oje, Familienfeier“ und Begleitheft für Eltern zu Vielfalt, Demokratie und Zusammenhalt



Familienbund der Katholiken im Bistum Osnabrück | www.familienbund-osnabrueck.de | info@familienbund-osnabrueck.de

Neben dem Kinderbuch und dem Begleitheft erhalten die Kindertagesstätten auch Plakate zur Aktion, mit denen die Eltern aufgerufen werden, ihr Wahlrecht zu nutzen und für eine lebensfreundliche Gesellschaft für Kinder und Enkel einzustehen.

Darüber hinaus fragt der Familienbund Osnabrück Kandidierende für die Europawahl aus seiner Region, welche Entscheidungen auf EU-Ebene ihres Erachtens in den kommenden Jahren besonders Familien betreffen werden. Außerdem möchte er wissen, für welche Maßnahmen sich die Kandidatinnen und Kandidaten einsetzen wollen, mit denen der europäische Gedanke bei den Bürgerinnen und Bürgern gestärkt wird, und mit welchen Vorhaben auf der EU-Ebene sie Familien konkret unterstützen wollen.

Im Vorfeld der Europawahl werden die Rückmeldungen der Kandidierenden der demokratisch ausgerichteten Parteien auf der Homepage und in den sozialen Medien veröffentlicht. So sollen Wählerinnen und Wähler zusätzliche Anhaltspunkte für ihre Wahlentscheidung am 9. Juni erhalten.

„Familien müssen sich vielfältigen Herausforderungen stellen, um für sich und ihre Kinder gute Rahmenbedingungen des Aufwachsens zu schaffen bzw. zu erhalten“, betont Mathias Owerrin. Gerade in einer Zeit, in der demokratiefeindliche, ausgrenzende und auch nationalistische Tendenzen immer wieder geäußert werden, wolle der Familienbund verdeutlichen, dass die Wahrnehmung des Wahlrechtes ein fundamentaler Schatz sei, so Owerrin weiter.

Das Kinderbuch sowie das Begleitheft für Eltern stehen auf www.familienbund-osnabrueck.de zum Download zur Verfügung.

DV Münster

Schillerstr. 44 a, 48155 Münster, Tel.: 0251 /97 44 14 68 , info@familienbund-nrw.de, www.familienbund-ms.de

FAMILIENBUND MÜNSTER SCHREIBT AN BUNDESTAGSABGEORDNETE

Die Bundestagsabgeordneten aus dem Bereich des Bistums Münster haben Mitte April Post vom Familienbund erhalten. In dem Schreiben fordert der Familienverband die Abgeordneten dazu auf, sich für die Einführung einer echten Kindergrundsicherung einzusetzen. Der Familienbund benennt auch Punkte, die am Gesetzesentwurf nachgebessert werden müssten: z.B. sollte das Existenzminimum für Kinder neu berechnet werden, damit die Höhe der Kindergrundsicherung wirklich gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen kann. „Eine echte Kindergrundsicherung kann nach unserer Auffassung ein guter Schritt hin zu mehr Armutsprävention und damit zu einer größeren Chancengerechtigkeit für Familien und Kinder sein“, so Beate Koritko, Diözesanvorsitzende. „Wir möchten aber auch betonen, dass es neben einer wirklichen Kindergrundsicherung weiterhin vieler Investitionen in die frühkindliche, schulische und außerschulische Bildung bedarf, nur so kann langfristig das Ziel von Bildungs- und Chancengerechtigkeit für alle Kinder - und damit für unsere Zukunft - erreicht werden.“

DV Bamberg

Domstr. 9, 96049 Bamberg, Tel.: 0951/5023545, Fax-49, kontakt@familienbund-bamberg.de, www.familienbund-bamberg.de

VERLEIHUNG DER EHRENAMTSNADEL DES LANDKREISES BAMBERG AN DIE DIÖZESANBEAUFTRAGTE DER KED PETRA SCHUCKERT AM 30.01.2024

Einmal im Jahr findet im Landkreis Bamberg eine Würdigung für besondere Verdienste in den Bereichen Kultur, Sport, Soziales und Gesellschaftspolitik statt. Die ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger sowie Vereine werden für ihr gesellschaftliches Engagement in einer Feierstunde im Großen Sitzungssaal des Landratsamtes mit der Ehrenamtsnadel des Landkreis Bamberg ausgezeichnet.

Zu den geehrten zählte diesmal die KED-Beauftragte Petra Schuckert, die seit 25 Jahren im Familienbund des Erzbistums Bamberg mitarbeitet. Sie engagiert sich seit 1998 im Diözesanfamilienrat für die Katholische Elternschaft Deutschlands (KED) und den Familienbund der Katholiken (FDK) und ist u. a. verantwortlich für das im Bistumshaus St. Otto stattfindende Elternseminar. Darüber hinaus arbeitet sie im Landesvorstand mit und ist sowohl als Delegierte der KED als auch des Familienbunds auf Bundesebene tätig.

Dieses 25-jährige Engagement fand nun auch eine entsprechende Würdigung. Die in dieser Amtsperiode wieder ernannte Diözesanbeauftragte Petra Schuckert wurde für ihren herausragenden, ehrenamtlichen Einsatz geehrt. In seiner Laudatio betonte der stellvertretende Landrat Bruno Kellner, „dass das ehrenamtliche Engagement von Petra Schuckert für die Anliegen von Familien in der Region außerordentlich ist und weit über das normale Maß hinausgeht!“

Im Anschluss nahm der stellvertretende Landrat Johannes Maciejonczyk die Überreichung der Urkunde und der Ehrenamtsnadel vor.

Der Familienbund der Katholiken im Erzbistum Bamberg gratuliert Petra Schuckert zu dieser Auszeichnung, bedankt sich aufs Herzlichste bei ihr für die großartigen, geleisteten Dienste und freut sich auf die weitere Zusammenarbeit.



Der stellvertretende Landrat Johannes Maciejonczyk, (re.) überreicht die Urkunde an Petra Schuckert. 1. Bürgermeister Stegaurach Thilo Wagner applaudiert.



Der stellvertretende Landrat Bruno Kellner (li.), 1. Bürgermeister Stegaurach Thilo Wagner, Petra Schuckert und stellv. Landrat Johannes Maciejonczyk (re.).

Fotos: Heinrich Hofmann

DV Trier

Familienbund der Katholiken im Bistum Trier, Mustorstr. 2, 54290 Trier
Tel.: 06232/10 23 13, jutta.philipp@bgv-trier.de, www.familienbund-trier.org

FAMILIENBUND TRIER ORGANISIERTE FAMILIENWALLFAHRT MIT 80 TEILNEHMER*INNEN ZU DEN HEILIG-ROCK-TAGEN

Die Heilig-Rock-Tage in Trier nahm der Diözesanverband des Familienbundes wieder zum Anlass eine Pilgerfahrt für Familien zu organisieren. Auf Initiative der FDK-Vorsitzenden Gisela Rink kamen über 80 Personen in einer Gruppe von Kommunionkinder mit ihren Familien von Völklingen aus dem saarländischen Teil des Bistums per Bahn nach Trier, um dort einen ereignisreichen Tag zu erleben. Ausgestattet mit Pilgerstäben und viel guter Laune kamen die kleinen und großen Pilgerinnen und Pilger in Trier an, wo es erstmal ein Mittagessen zusammen mit Weihbischof Franz-Josef Gebert, dem geistlichen Beirat des Familienbundes, gab. Gut gestärkt, ging es mit Elan und Freude danach zur Stadt-Rallye, um Trier mal von einer anderen Seite zu erkunden und kennenzulernen. Den Abschluss bildete die Teilnahme am Pontifikalamt mit Weihbischof Robert Brahm im Trierer Dom, der die Gruppe eigens begrüßte.



Foto: DV Trier

Über 80 Teilnehmer*innen konnte der FDK-Trier bei seiner Familienwallfahrt begrüßen.

DV Aachen

Familienbund der Katholiken im Bistum Aachen, Klosterplatz 7, 52062 Aachen
Tel.: 0241/452 379, familienbund@bistum-aachen.de, www.familienbund-aachen.de

MIT KOCHBÜCHERN GEFLÜCHTETE FAMILIEN UNTERSTÜTZEN

600,- € Erlös für die Adventswerkstatt der KAB

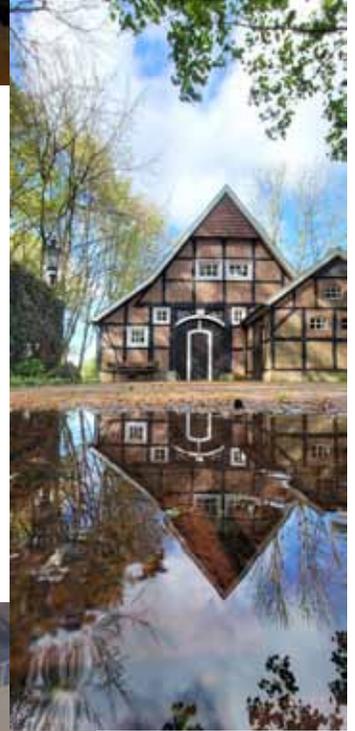
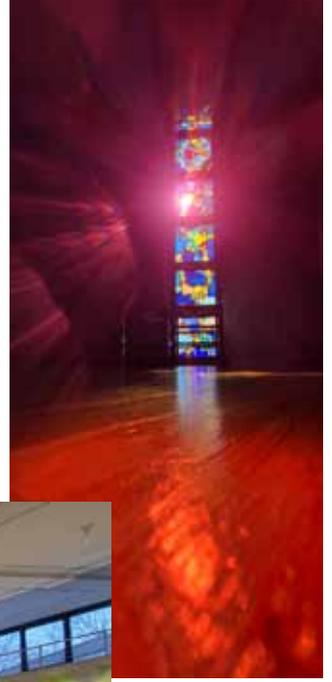
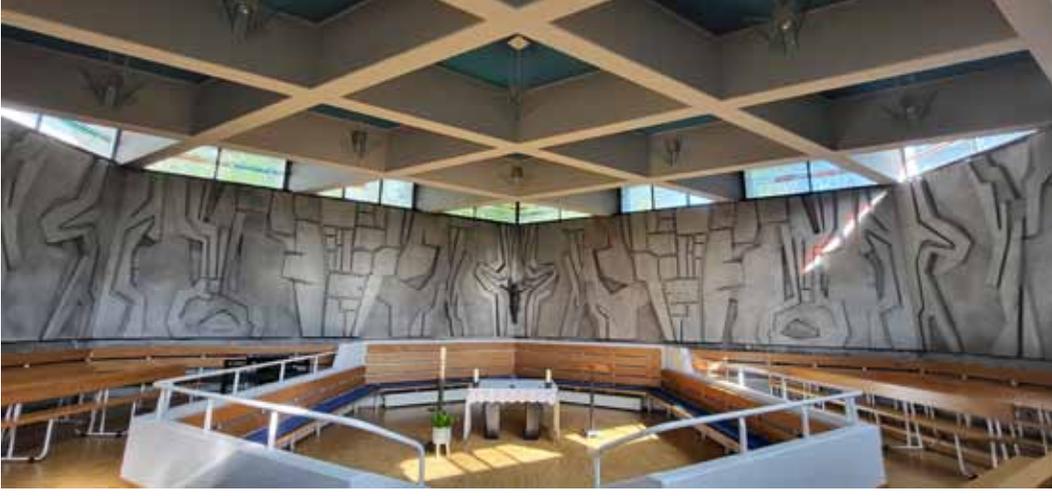
Der Familienbund der Katholiken im Bistum Aachen freut sich, dass so viele Exemplare des „Kochbuches der besonderen Art“ verkauft werden konnten. Der Erlös von insgesamt 600,- € geht an die Adventswerkstatt der KAB in Mönchengladbach und wird verwendet zur Kostenreduzierung des Teilnehmendenbeitrages für geflüchtete Frauen und Familien.

Die Initiative zu dem Kochbuch mit Rezepten von geflüchteten Familien aus Syrien und der Ukraine stammt vom Familienbund im Bistum Essen. Über verschiedene Aktionen wird dieses Kochbuch NRW-weit verkauft und die Überschüsse an Flüchtlingsinitiativen weitergegeben.



Anne Embser (li.) und Diana Emmelheinz vom DV Aachen

Foto: Familienbund Aachen



Fotos: Cathy Schneider / Berlin

KINDER SOLLTEN NICHT ZU VIEL DÜRFEN – ANDREAS DEDERICH SPRACH BEI DER KED ÜBER EINE ERZIEHUNG ZUR SELBSTSTÄNDIGKEIT

Kindererziehung ist kein Zuckerschlecken. Es bedarf einer großen Anstrengung. Manchmal werden Kinder wie kleine Erwachsene behandelt. Dahinter steht vielleicht der Wunsch nach Harmonie oder das Ausweichen vor möglichen Konflikten. Dies bringt den Nachwuchs jedoch um die Möglichkeit, entscheidende Fähigkeiten, die sie später als Erwachsene brauchen, zu entwickeln. Welche Rahmen benötigt der Nachwuchs für ein gesundes Aufwachsen? Seine Erfahrungen als Vater, Familienberater und Dozent von Fort- und Weiterbildungen gab Andreas Dederich bei einem Seminar der Katholischen Elternschaft (KED) weiter. Kindern liebevoll zugewandt zu sein, sei wichtig. Aber Eltern müssten auch Regeln aufstellen, darauf achten, dass sie eingehalten werden, und konsequent handeln. „Kinder, die zu viel dürfen, werden Erwachsene, die zu wenig können“, lautete das Thema der Veranstaltung im Bistumshaus.

Die Frage, die sich Eltern stellen, sollte sein: „Wie kann ich mein Kind gut auf den Tag vorbereiten, an dem sie das Elternhaus verlassen?“ Der Nachwuchs brauche Grundvoraussetzungen, um „ohne unsere Hilfe“ auf eigenen Füßen stehen zu können. Und er müsse auf eine Gesellschaft vorbereitet werden, die nicht an den Bedürfnissen von Kindern orientiert ist, die den Menschen fordert, in der er – und nicht mehr die Eltern – Entscheidungen treffen muss. Kinder bräuchten das Gefühl, angenommen zu sein, sie bräuchten aber auch Regeln, Disziplin, Autoritäten, Grenzen sowie Anweisungen, auf deren Einhaltung man bestehen müsse. So erhielten sie Orientierung. Man lerne, was richtig und falsch ist. Man lerne auch, Hierarchien zu akzeptieren. Ist es sinnvoll, Kinder in endlosen Gesprächen von der Notwendigkeit eines Verhaltens zu überzeugen, statt einfach einmal „Nein“ zu sagen? Dederich rät zum Ausprobieren, hält dieses Verhalten aber oft nicht für zielführend. Denn die Kleinen müssten lernen, mit Frustration und Nichterfüllen ihrer Wünsche umzugehen. In Kindergarten, Schule und später im Berufsleben spielten auch empathisches Verhalten und Teamfähigkeit eine Rolle.

Humorvoll und mit zahlreichen Beispielen hielt der Referent den anwesenden Eltern von Klein- und Grund-

schulkindern den Spiegel vor. Geben wir den Wünschen der Kinder zu schnell nach? Haben wir Angst „Nein“ zu sagen? Erwarteten wir andererseits, dass unser Kind „funktioniert“? Welchen Umgangston pflegen wir zuhause? Er werde sich im Verhalten



der Kinder abbilden, denn diese seien „Modellerner“. Eltern sollten Stärken und Schwächen ihres Kindes kennen, wünschte sich der Referent. Sie sollten demzufolge Ziele erarbeiten, um zu fördern bzw. zu helfen. „Geben Sie Ihrem Kind die Möglichkeit, selbstständig zu werden.“ Das Kind werde stolz darauf sein, wenn etwas gelingt. Ein Lob für Erreichtes könne „Motivationspritze“ für die nächste Leistungssteigerung sein. Doch sollten Erwachsene nicht ständig mit anderen Gleichaltrigen vergleichen, auch nicht mit den Geschwistern. Der Referent warnte vor einer Reizüberflutung der Kinder. Es brauche keinesfalls eine große Menge an Spielzeug im Kinderzimmer, damit Kinder glücklich sind. „Räumen Sie weg, womit gerade nicht gespielt wird.“ Denn: „Genügsamkeit ist eine Stärke von Kindern“. Den Eltern riet Dederich, in der Hetze des Alltags die Beziehung zueinander nicht aus den Augen zu verlieren. Die Hilfe von Großeltern solle unbedingt angenommen werden. Die Richtlinienkompetenz für die Erziehung liege jedoch immer bei den Eltern – wobei diese bei ihren Entscheidungen mit einer Stimme sprechen und nicht gegensätzliche Vorstellungen zu verwirklichen versuchen sollten. Bei Schwierigkeiten in der Schule riet Dederich dazu, immer mit den Pädagogen in Kontakt zu treten und gemeinsam auf eine Lösung zu sinnen. In der Erziehung gebe es keinen Königsweg. Man dürfe immer wieder auch auf sein Bauchgefühl vertrauen. Die Hauptsache sei, dass man sein Kind nach bestem Wissen und Gewissen auf die Selbstständigkeit vorbereitet. Dabei gelte: „Sie legen die Basis und tragen die Verantwortung, damit Ihr Kind irgendwann einmal ins Leben geschickt werden kann.“

Eingangs hatte die KED-Vorsitzende Petra Schuckert den Referenten im Bistumshaus St. Otto begrüßt. Für die Kinder der rund 100 teilnehmenden Eltern gab es eine eigene Kinderbetreuung.

Andreas Dederich war als Ergotherapeut mit der Spezialisierung auf Kinder in eigener Praxis in Bad Windsheim und Würzburg tätig. Heute arbeitet er in der Familien- und Elternberatung. Als Dozent an der Berufsakademie in Darmstadt bildet er junge Therapeuten aus.

Text: C. Dillig



Fotos: C. Dillig

Foto oben: Andreas Dederich sprach über wesentliche Punkte der Kindererziehung. Foto links: Die KED-Vorsitzende Petra Schuckert hatte Andreas Dederich zum Seminar eingeladen.

Bundesverband Katholischer Ehe-, Familien- und Lebensberaterinnen und -berater e.V.

Schmalestraße 14, 48429 Rheine, 01520-5926676, www.bv-efl.de

BIN ICH HIER RICHTIG? ORIENTIERUNGSRAUM SUHL 2024

Fortbildungstagung des Bundesverbandes katholischer Ehe-, Familien- und lebensberaterinnen und -berater in Suhl

Bin ich hier richtig? – diese Frage stand als Thema über der Jahrestagung des Bundesverbandes katholischer Ehe-, Familien- und Lebensberaterinnen und -berater vom 17.-20.04.2024 im thüringischen Suhl.

Die Tagung griff damit eine Frage auf, die das Lebensgefühl vieler Menschen umschreibt. Die gegenwärtige Lebenssituation ist geprägt von Ungewissheit, von Unsicherheit und der Suche nach tragfähigen, lebensdienlichen Orientierungen. Das betrifft zunächst einmal das gesellschaftliche Zusammenleben in einer zerrissenen Gesellschaft, die wirtschaftlich, sozial und politisch weit auseinanderdriftet. Die Corona-Pandemie wirkte hier wie ein Katalysator. Dazu kommt als Hintergrundzenario die nicht nur drohende, sondern schon allgegenwärtige Klimakrise und die gewaltsamen kriegerischen Auseinandersetzungen sei es in der Ukraine, im Nahen Osten oder in Afrika.

Es betrifft aber auch unsere persönlichen und familiären Beziehungen – die Beziehungen zu mir selbst und nicht zuletzt die Frage nach dem größeren Sinn des Lebens.

„Das Vertrauen, dass es im Leben irgendwie gut geht, scheint erschöpft“, so der Vorsitzende des Bundesverbandes Alfons Gierse in seiner Begrüßung.

Die Vorträge und Workshops der Tagung stellten sich den Fragen: Was können wir, was müssen wir tun, um diesen Verunsicherungen zu begegnen - jenseits von populistischer Schwarz-weiß-Malerei? Jenseits von zunehmender Gereiztheit und steigendem Aggressionslevel in der Gesellschaft? Wie finden wir einen Weg, um nicht nur äußere, sondern zugleich innere Stabilität und Sicherheit zu erlangen und zu wahren? Wie können wir inmitten all der Umwälzungen gut leben? Und welche Unterstützung brauchen Menschen bei der Suche nach Antworten auf diese Fragen und wie können die Beraterinnen und Berater in den Beratungsstellen diese auf welche Weise zur Verfügung stellen?

Die Tagung war ein Orientierungsraum, um diese Fragen miteinander zu reflektieren und vielleicht die ein oder andere Antwort zu finden.

Bin ich hier richtig? Diese Frage stellen sich auch immer mehr Mitglieder der beiden großen Kirchen. Die auf einem Podium vorgestellten Ergebnisse der jüngsten KMU zeigen, dass zwei Drittel der ev. und drei Viertel der katholischen Kirchenmitglieder zum Kirchenaustritt tendieren. Das ist dramatisch.

Gleichzeitig ist es so, dass sowohl Konfessionslose als auch ev. und kath. Kirchenmitglieder sowohl der Diakonie als auch der Caritas das größte Vertrauen entgegen bringen. 78% der Konfessionslosen und 92% der Katholischen stimmen zu, dass die Kirchen soziale Beratungs-



Foto: efl

Bild (von links): Stellten sich der Diskussion im Rahmen eines Podiums: Alfons Gierse, Vorsitzender; Eva Hannover-Meurer, DiCV Limburg; Renate Oetker-Funk, ehem. Leiterin Psycholog. Beratungsstelle Tübingen; Susanne von Gönner, EFL Harburg; Anja Zeller, Psycholog. Beratungsstelle Tübingen; Gaby Hübner, EFL Bassum und Dr. Tobias Kläden, KAMP Erfurt

stellen unterhalten sollen. Das, so wurde deutlich, erleben die Beraterinnen und Berater hautnah in ihrer Tätigkeit vor Ort.

Die hohe Nachfrage zeugt einerseits von einem enormen psychischen Druck bei den Ratsuchenden, zugleich aber auch von dem hohen Vertrauen, das die Menschen den Beratungsstellen entgegenbringen – fachlich und menschlich.

„Das verpflichtet uns in unserer Arbeit, die wir als gelebte „Praxis des Evangeliums“ und als „Kirche für andere“ im Sinne einer absichtslosen, solidarischen und freilassenden Hinwendung zu den Nächsten verstehen“, resümierte Alfons Gierse. Trotz des Rückgangs der kirchlichen Bindung könne Kirche hier eine bedeutsame gesellschaftliche Relevanz entfalten.

RECHTSECKE

VÄTER WERDEN BEI DER ZUORDNUNG VON KINDERERZIEHUNGSZEITEN NICHT DISKRIMINIERT

Bundessozialgericht (B 5 R 10/23 R)
Das Bundessozialgericht sieht keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen § 56 Abs. 2 S. 9 SGB VI, der die Erziehungszeit der Mutter regelt, wenn keine einvernehmliche Erklärung der Eltern vorliegt und keine überwiegende Erziehung durch einen Elternteil besteht. Obwohl dies eine direkte Benachteiligung des Kindsvaters darstellt, ist sie gerechtfertigt, um das Gleichstellungsgebot umzusetzen. Die Regelung gleicht faktische Nachteile aus, da Frauen immer noch stärker von Erziehungszeiten betroffen sind und in der gesetzlichen Rentenversicherung weniger Rentenanwartschaften erwerben. Trotz gesteigerter Erwerbstätigkeit und -dauer von Müttern bleibt ihr Erwerbsanteil deutlich hinter dem der Väter zurück. Die bevorzugte Behandlung von Müttern ist verhältnismäßig, da andere Regelungen genügend Spielraum für die Zuweisung der Erziehungszeit an den Vater bieten.

KEINE FRÜHZEITIGE SCHEIDUNG BEI AUßERHELICHER SCHWANGERSCHAFT

Pfälzisches Oberlandesgericht (Az.: 2 WF 26/24)
Ulrike Uebel ist schwanger von ihrem neuen Partner, obwohl sie sich noch im Trennungsjahr von ihrem Ehemann befindet. Ihr neuer Partner wird jedoch nicht automatisch als rechtlicher Vater anerkannt. Um dies zu ändern, beantragt sie vor Gericht eine vorzeitige Scheidung. Ihr Ex-Partner argumentiert, dass die Schwangerschaft für ihn unzumutbar sei. Das Gericht lehnt jedoch ab und erklärt, dass nur der Ehemann aufgrund der Schwangerschaft einen Härtegrund geltend machen kann. Auch wenn das Scheidungsverfahren bereits läuft, ist eine vereinfachte Korrektur der Vaterschaft vor der Geburt möglich, jedoch nicht durch die Ehefrau selbst. Ihr Antrag auf vorzeitige Scheidung wird somit abgelehnt.

FORTPFLANZUNGSMEDIZIN: REGULINGS- UND DISKUSSIONSBEDARF

Eizellspende, Embryonenspende, Leihmutterschaft – in der Fortpflanzungsmedizin ist heute vieles möglich. In Deutschland jedoch sind viele der neuen Verfahren durch das Embryonenschutzgesetz verboten, andere wiederum rechtlich nicht geregelt. Das aus dem Jahr 1990 stammende Gesetz wird, nach Ansicht der Leopoldina, als reines Strafgesetz den medizinischen und gesellschaftlichen Entwicklungen und der Vielfalt heutiger Familienformen nicht mehr gerecht. Auf ihrer Website finden sich weitere Informationen zur aktuellen Debatte.

Veranstaltungen, Podcasts, Expert*inneninterviews, Stellungnahmen

www.leopoldina.org/themen/fortpflanzungsmedizin

LEIHMUTTERSCHAFT: INTERNATIONALE PERSPEKTIVEN

Leihmutterschaft wird international sehr unterschiedlich diskutiert und praktiziert. Länder mit liberalen Regelungsansätzen in Europa und darüber hinaus haben sich in den letzten Jahren zu gefragten Destinationen für transnationale Leihmutterschaftsarrangements entwickelt. Andere Länder versuchen bewusst, Leihmutterschaft auf das Inland zu begrenzen und eine Kommerzialisierung zu verhindern. Die Tagung will Gelegenheit bieten, sich mit den in verschiedenen Kontexten gesammelten Erfahrungen, z. B. zu sozio-ökonomischen Ungleichheiten oder der Beziehungsgestaltung zwischen den Beteiligten, auseinanderzusetzen und sie für die ethische Debatte in Deutschland fruchtbar zu machen.



Online-Veranstaltung, 29. Mai, 14-19 Uhr, Zentrum für Gesundheitsethik

„DIE WÜRDE DES MENSCHEN IST UNANTASTBAR“ - EINE MAHNENDE LIEBESERKLÄRUNG AN DAS GRUNDGESETZ

Eine musikalische Lesung - 26. Mai, 17-19 Uhr, Bremen

Am 24. Mai 1949 trat das Grundgesetz in Kraft. Anlässlich seines 75-jährigen Jubiläums formuliert das Ensemble OPUS 45 eine "mahnende Liebeserklärung" in Gestalt einer musikalischen Lesung. Roman Knižka und das Bläserquintett OPUS 45 nehmen das Grundgesetz von seiner Entstehung bis heute unter die Lupe. Was ist sein Fundament, welches Erbe trat es an? Was bedeutet das Grundgesetz 75 Jahre nach seiner Entstehung für jede und jeden Einzelne:n von uns? Leben wir das Grundgesetz? Gegen heftigen Widerstand setzten Elisabeth Selbert und Friederike Nadig damals die Formulierung „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ durch, als zweiten Absatz in Artikel 3 des Grundgesetzes. Wie sieht der Realitätscheck in Bezug auf die Gleichberechtigung heute aus? Die dazugehörige Musik, mal korrespondierend, mal kontrapunktisch zur Lesung, stammt u.a. von Johann Sebastian Bach, Ludwig van Beethoven, Paul Taffanel, August Klughardt, Richard Wagner, Maurice Ravel und Henri Tomas.

Der Eintritt ist frei. Karten können unter folgender Adresse reserviert werden: Kulturwerkstatt westend, Tel. 0421 - 6 16 04 55 oder per Mail: buero@westend-bremen.de

AUSSTELLUNG: BABYS MACHEN? 'EIZELLENDE' UND REPRODUKTIONSPOLITIKEN

Eine Ausstellung basierend auf der Forschung von Laura Perler, mit Fotografien von Tamara Sánchez Pérez. Kuratorische Leitung: Mirko Winkel

In Deutschland verboten, in anderen Ländern erlaubt: die „Eizellspende“. Unsere Ausstellung „Babys machen? „Eizellspende“ und Reproduktionspolitiken“ nimmt diese Reproduktionstechnik mit ihren sozialen, ethischen und ökonomischen Implikationen in den Blick. Gezeigt werden Fotografien, Audio- und Videomaterial zum Thema, die im Rahmen des Forschungsprojekts „Selektioniertes Leben“ vom Laura Perler entstanden sind. Die Ausstellung wird begleitet von einem umfangreichen Workshop- und Diskussionsprogramm, das feministische Antworten auf drängende Fragen sucht.

Im Rahmen der Ausstellung schauen wir in das Leben und die Motive von „Eizellspenderinnen“ aus Spanien, in Labore und Operationssäle einer Reproduktionsklinik und lernen eine Empfängerin kennen, die sich für eine „Eizellspende“ aus der Schweiz ins Ausland begibt. Spanien ist europaweit führend, was assistierte Reproduktion allgemein und die „Eizellspende“ im Speziellen anbelangt. Auch aus Deutschland reisen Menschen mit unerfülltem Kinderwunsch dorthin, um via „Eizellspende“ schwanger zu werden. Gleichzeitig steht hierzulande die parteipolitische Diskussion zur Frage nach einer Legalisierung bevor: Das Thema steht erstmals im Koalitionsvertrag.

Es gibt Für und Wider, gesetzliche Regelungen und Grauzonen. Doch wenig ist bisher über die sogenannte « Eizellspende » bekannt. Schon über den Begriff lässt sich streiten, geht es hier doch um ein Geschäft und nicht um Almosen, um häufig verzweifelte unerfüllte Kinderwünsche und um die Körper Dritter, auf die zur Realisierung dieser Kinderwünsche zugegriffen wird. Eine breite feministische Debatte zum Thema „Eizellspende“ fehlt bisher.

<https://www.gwi-boell.de/de/eizellspende>

BERLIN: FACHWORKSHOP VERANTWORTUNGSGEMEINSCHAFT: CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN IN DER DISKUSSION

Mit der Einführung der Verantwortungsgemeinschaft wird Familie in Deutschland künftig auch politisch und juristisch größer gedacht. Von nun an sollen zwei oder mehr Menschen rechtlichen Schutz erhalten, die sich füreinander sorgen und Verantwortung übernehmen möchten. Zur Ausgestaltung der Verantwortungsgemeinschaft macht das BMJ mit seinem Eckpunktepapier erste Vorschläge. Während damit auch alternative Sorgekonzepte einfacher umsetzbar werden, weisen die Vorschläge jedoch in einigen Punkten, so z.B. der Absicherung der geleisteten Sorgearbeit, noch Leerstellen auf.

Vor diesem Hintergrund möchten wir Sie einladen, gemeinsam mit uns und mit Expert*innen aus Recht, Wissenschaft und Verbänden über die Verantwortungsgemeinschaft zu diskutieren. Wir wollen uns dabei fragen:

In welchen Bereichen kann die Institution der Verantwortungsgemeinschaft eine rechtliche Erweiterung darstellen? Wo muss nachgeschärft werden, um Familienkonzepte besser rechtlich abzusichern? Wer ist Zielgruppe des Eckpunktepapiers – und wer wird bisher nicht oder zu wenig bedacht?



16.05.2024 15:00-17:30 Uhr, Berlin, LSVD

GRÜNE ECKE



KLIMAZIRKUS IN BERLIN

Kinder, Jugendliche und Erwachsene sind eingeladen den Klimazirkus auf dem Gelände des Zirkus Cabuwazi zu besuchen. Mit Mitmach-Experimenten, interaktiven Installationen, Workshops und Parcours-Stationen sollen Themen zu Klimaschutz und Klimaanpassung in der Stadt vermittelt werden. Die Inhalte werden dabei auf neue Weise mit Elementen des zeitgenössischen Zirkus und Impulsen aus der Kunstvermittlung verknüpft. Es entstehen somit emotional berührende Angebote, die darauf ausgelegt sind, eine persönliche Auseinandersetzung mit der Klimakrise anzuregen.



KOLPING WIRD KLIMAFIT

Wie wird Eure Veranstaltung rundum klimafreundlich? Das erfahrt Ihr auf der neuen Website www.kolping-klimafit.de. Hier findet Ihr Checklisten, Lagerfeuergebete, Praxistipps und viele Anregungen für die Bildungsarbeit. Ob Familienfreizeit oder Bildungsveranstaltung – auf der neuen Website ist zu erfahren, wie man jedes Event unter nachhaltigen Gesichtspunkten plant und durchführt.

Ob Fachtagung, Vater-Kind-Freizeit, Diözesanversammlung oder Familien-Bildungswochenende: Mit einer universellen Checkliste für die nächste Veranstaltung. Wichtig ist: Nachhaltigkeitsbrille aufsetzen!

Lasst uns gemeinsam alles tun, um Gottes Schöpfung zu bewahren. Damit auch zukünftige Generationen noch eine Lebensgrundlage haben!



Besucht uns auf dem Katholikentag in Erfurt.
29. Mai bis 2. Juni 2024
Treffet uns an unserem Stand am Hirschgarten!

FRAGEN AN PROF. DR. ANATOL DUTTA

- 1. Was ist für Sie das vollkommene irdische Glück?**
Eine gute Opernaufführung.
- 2. Wer hat Sie geprägt?**
Viele Menschen.
- 3. Als Kind wollte ich immer ...**
Viel zu viel reden.
- 4. Auf welche Erfahrung in Ihrem Leben möchten Sie nicht verzichten?**
Auf nahezu keine möchte ich verzichten.
- 5. Wozu können Sie nicht nein sagen?**
Leider zu viel zu vielem.
- 6. Eine der besten Erfindungen ist ...**
Das klassische Notebook.
- 7. Ihre liebste Bibelstelle?**
Leider nicht bibelfest.
- 8. Wie und wo möchten Sie Ihren Lebensabend verbringen?**
Am liebsten gar keinen Lebensabend.
- 9. Was ist für Sie „zu Hause“?**
Am Schreibtisch und am Küchentisch.
- 10. Wenn Sie Bundeskanzler wären, was würden Sie als erstes tun?**
Den Verlust meiner Freiheit bedauern.
- 11. Bitte vervollständigen Sie den Satz:
„Familie bedeutet für mich ...**
Ein Netz von Nähe- und Fürsorgeverhältnissen, deren rechtliche Regelung anderen Grundsätzen unterliegt als andere Verhältnisse zwischen Menschen.



Prof. Dr. Anatol Dutta, M.Jur (Oxford)
Inhaber eines Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung, u. a. Mitglied der Reformkommission des Deutschen Familiengerichtstags